

Wolfgang Fritz Haug

## Das Blut der anderen<sup>1</sup>

Editorial

Der Generation *Fridays for Future* diesen Versuch über die Schwierigkeiten, für eine lebenswerte Zukunft zu wirken.

### *Europa zwischen USA und China? Eine vom Krieg überraschte Frage*

*In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten.*  
Egon Bahr, 2012 (zit.n. Walther, März 2022, 4)

*Momentan ist die deutsche, ja weitgehend die europäische Öffentlichkeit – und sind, allen voran, die Medien benebelt vom Krieg.*  
Alexander Kluge (5.3.2022<sup>2</sup>)

Der russische Überfall auf die Ukraine schlug wie der Blitz ins 2020 beschlossene Thema »Europa zwischen USA und China«. Inzwischen fragt sich, ob dieses »Zwischen« noch existiert. Der Möglichkeitsraum, den es andeutete und der unter Merkmals Kanzlerschaft gegen so manchen Druck offengehalten wurde, hat sich im »Scholz-Moment«, wie die nächtliche Entscheidung ihres Nachfolgers zur politischen Kehrtwende inzwischen genannt wird, jäh geschlossen.<sup>3</sup>

Dass der sozialdemokratische Kanzler »sozialdemokratische Grundsatzpositionen« zur Friedenspolitik in jener Nacht »im Eiltempo zurückgedrängt« hat (Burmeister u. a., März 2022, 14), erfolgte nicht aus freien Stücken. Ebenso wie auf Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine reagierte er damit auf eine Welle ungläubigen Entsetzens und menschlicher Anteilnahme angesichts der durch nichts zu rechtfertigenden Entfesselung des Krieges durch den russischen Präsidenten. Eine Überprüfung der Politik war zweifellos unvermeidlich. Halb mögen Situation und Stimmung den Bundeskanzler hingezogen haben, doch zuletzt schwang er sich auf die Welle, wodurch diese vollends zum politischen Tsunami wurde. Dessen fürs Erste

- 
- 1 Frigga Haug danke ich für kritische Kommentare, Korrektur und Verbesserung dreier Vorfassungen sowie viele Impulse; letztere danke ich auch Gesprächen mit Volker Braun; Jan Loheit half mit sorgfältiger Korrektur, Kritik und Materialien; für letztere und Impulse danke ich Peter Jehle, Hauke Neddermann, Christof Ohm, Jan Rehmann, Karen Ruoff, Jürgen Stahl, Victor Strazzeri, Thomas Weber, Christian Wille und Cheryce von Xyländer.
  - 2 Die *aktuellen* Zitate datiere ich wo immer möglich auf den genauen Tag, um sie als Stellungnahmen zur unmittelbaren Vorgeschichte oder zu den ersten zwei Monaten des am 24. Februar 2022 mit der russischen Invasion aus dem Schwelstadium aufgeflammten Krieges entzifferbar zu machen.
  - 3 »Der transatlantische »Schulterschluss« [...] ist nüchtern betrachtet die Eingliederung der EU als subalternen Juniorpartner in das Lager der USA.« (Wahl, 18.3.22)

unwiderstehliche Wucht gehört untersucht. Inmitten aufwühlender Empathie mit den Kriegsoptionen hob sie über Nacht reaktionäre Latenz an den geschichtlichen Tag.

Auch für diese Zeitschrift machen Krieg und Umschwung es nötig, die bisherigen Analysen zur Krise des Politischen und des transnationalen Hightech-Kapitalismus auf die Probe zu stellen und nötigenfalls zu revidieren. Dabei kann es »in diesem Krieg keine Äquidistanz geben. [...] Ja, die Lage ist verzweifelt, und jedes Argument läuft Gefahr, in Zynismus umzuschlagen.« (Zelik 16.3.22) Doch das ist nicht mit Distanzlosigkeit gegenüber der Logik des Krieges auf beiden Seiten zu verwechseln. »Im militaristischen Taumel dieser Tage, da Bundeswehrgeneräle fast schon eine besonnene Figur abgeben,<sup>4</sup> braucht es eine vernehmbare Stimme der antimilitaristischen Vernunft.« (Ebd.) Sagt sie nur Nein zum Krieg, bleibt sie hilflos. Ja sie kann sogar hinterrücks zur Legitimierung kriegsverlängernder Maßnahmen genutzt werden. Gefragt sind konkrete *Forderungen nach kriegsbeendender Politik*. Auf den gedanklichen Bildschirm der Friedensbewegung gehört hierzu das *Konfliktfeld, dem der Krieg entsprang*, also dessen Genese und Verflechtung mit weiteren Zusammenhängen. Das verstehen die Autoren der sozialdemokratischen Linken, die in der Märznummer 2022 der *spw* zu Wort kamen: Um einen Weg zur politischen Beendigung des Krieges zu finden, und einen anderen gebe es nicht, sei »die aktuelle Konfliktlage vor dem Hintergrund geopolitischer Verschiebungen« zu analysieren: die »Konkurrenz zwischen den USA und China« bilde den antagonistischen Rahmen, innerhalb dessen »die Rolle Europas [...] neu auszugestalten ist«; verknüpft damit stelle sich die Frage, ob »die Erweiterung der EU nach Brexit und innerer Zerrissenheit eine wirkliche Chance« oder Ausdruck von »Hilflosigkeit« in der »aktuellen Konfliktlage« ist (Burmeister u.a., März 2022, 14).<sup>5</sup>

Das »Zwischen« unseres Hefttitels bekommt damit einen erweiterten Kontext.<sup>6</sup> Mit Dimensionen und genetischen Rekonstruktionen dieses komplexen Wirkungszusammenhangs befasst sich der vorliegende mit heißer Nadel gestrickte Versuch.<sup>7</sup> Die Tragödie der Ukraine entsprang und entfaltet sich in demselben Zusammenhang, in dem sich der Konflikt USA-China sowie das Verhältnis der EU dazu weiterentwickeln

4 So auch Armin Nassehi (21.3.22): »Während viele Zivile, zivil bis zur letzten Patrone, Flugverbotszonen und sogar Eingriffe ins Geschehen fordern, sind es vor allem Militärs, die zur Besonnenheit aufrufen.« Gleich darauf fordert allerdings er selbst, es dürfe »kein Mittel zu gering sein«, die Ukraine zu befähigen, »Russland, nicht nur Putin, [...] eine militärische Niederlage beizubringen«. Sollte ein »Endsieg« gemeint sein, liefe es auf einen sehr langen Stellvertreterkrieg hinaus.

5 Als Hemmnis strategischer Analyse und Realpolitik erweist sich die Dominanz des sog. »Wertebezugs« im Widerspruch zu Egon Bahrs eingangs zitiertem Interessen-Ausgleichs-Kriterium internationaler Politik. Wo von Interessen geschwiegen und »das Menschliche« außenpolitisch vorgeschoben wird, zahlen Menschen für gewöhnlich den Preis.

6 »Es geht offensichtlich tatsächlich um eine Neuvermessung der internationalen Kräfteverhältnisse: zwischen Russland, China, USA und Europa. Es geht um Rohstoffinteressen. Und es geht auch um die Ausdehnung der Nato bis vor die Tore Russlands. Der Westen ist hier fern jeder Selbstkritik – auch wenn dies den Angriffskrieg Russlands in keiner Weise rechtfertigt.« (Walther 2022)

7 Im Online-Supplement dieses Hefts begleitet und ergänzt ihn Peter Wahls bildend-aufklärende Hintergrundanalyse zum Ukraine-Krieg.

werden. Wir verfügen über keine Kristallkugel, in der wir sehen können, was der Welt in dieser Hinsicht bevorsteht. Doch wir können Fakten, Argumente und theoretische Instrumente zusammentragen, die geeignet sind, den affektiven Bann der Unmittelbarkeit zu brechen. Gefragt sind ›Vermittlungen‹ im Doppelsinn von Erklärung des aktuellen Konflikts und darauf gründender Weisung möglicher Wege aus dem Krieg. Verhandlungen sind »ein Enzym für einen Möglichkeitsraum. Wir brauchen Vermittlung. Gewalt gegen Gewalt funktioniert nicht.« (Kluge, 5.3.22) Und man darf »den Krieg gar nicht erst anfassen, denn er ist infektiös wie ein Virus. Wir brauchen einen Punkt, an dem die Konfliktparteien einen Moment lang nicht mehr kämpfen.« (Ebd.)

Um nicht im Feuer der Unmittelbarkeit zu verbrennen, wenden wir den Blick zunächst zurück aufs historische Epizentrum der gegenwärtigen Erschütterungen. Politisch-theoretischer Defaitismus wäre der gerade noch fehlende Nagel zum Sarg einer Politik, die ihren Namen dadurch zu verdienen hat, dass sie aus der Logik des Krieges herausführt.

*Ein Blick zurück, um nicht in den Emotionen des geschichtlichen Moments zur Salzsäule zu erstarren<sup>8</sup>*

Der weltgeschichtliche Umbruch, dem die Öffnung der Berliner Mauer im November 1989 das Gesicht gegeben hat, begann früher und dauerte länger als dieses emblematische Ereignis. Manche Beobachter lassen das »kurze 20. Jahrhundert« mit dem Ersten Weltkrieg beginnen und mit dem Zusammenbruch des der Oktoberrevolution und dem Zweiten Weltkrieg entsprungenen europäischen Staatssozialismus enden. Meine Aufzeichnungen aus den 1990er Jahren wirken, als wäre ich dieser Idee gefolgt. Die kalendarische Jahrhundertwende, von der als »Jahrtausendwende« so viel Aufhebens gemacht worden ist, wird hier mit keiner Silbe erwähnt. Es ist die Folge der Ereignisse sowie die Art, wie diese mit der Gegenwart 25 bis 15 Jahre später zusammentreten, die mir im Nachhinein vor Augen führt, dass sich der Zusammenbruch der Sowjetunion als eine Zäsur begreifen lässt, in der die noch unabsehbar weiterwirkende krisenhafte Konfiguration des 21. Jahrhunderts auftaucht. [...] Beim Wiederlesen war ich betroffen vom Zeitlupentempo und der unheimlichen Gründlichkeit, mit der die Lawine der Veränderungen zu Tale ging, nationale Entwicklungsregime und soziale Einrichtungen in vielen Teilen der Welt vernichtete und einen Rattenschwanz bestialischer Bürgerkriege und imperialistischer Interventionen nach sich zog. Wie von Sonja Margolina im Dezember 1991 vorausgesagt, erwies sich der Zusammenbruch der Sowjetunion als »historischer Supergau«, ein schlimmeres politisches Tschernobyl, denn hier gab es »kein Mittel, die verschiedenen Kettenreaktionen, die die Völker der SU erschüttern, zu unterbinden«<sup>9</sup>.

8 Das folgende Textstück entstammt dem Vorwort zu Haug 2016, 5f.

9 Jörg Baberowski (1.3.22) stemmt sich gegen aufflammende *Russenfeindschaft*, indem er den Sieg der Oktoberrevolution als die eigentliche Tragödie zu verstehen gibt und auf eine »Entflechtung des Imperiums in den Köpfen« durch Umlenkung der Vergeltungsgedanken ins Antikommunistische zu setzen scheint.

Im Spiegel der Ereignisse türmen sich Trümmer auf Trümmer, entbrennen Kriege und setzt sich die politisch-ökonomische und ideologische Vernichtung verbleibender sozialistischer Elemente weit über den Untergang des europäischen Staatssozialismus hinaus fort. Dennoch kann unser Blick nicht der des mythischen Engels der Geschichte sein.<sup>10</sup> Der Wind, der uns ins Gesicht bläst, kommt nicht vom Paradiese, sondern vom Urknall bzw. dem Großen Rückprall (*Big Bounce*) des Universums her, und wir haben auch keine Flügel, in der dieser sich und damit uns fangen kann. Nichts hindert uns daran, den Bann des Rückblicks zu brechen und uns mittels der dem Geschichtsmaterialismus von Benjamin empfohlenen Stützen »der Erfahrung, des gesunden Menschenverstands, der Geistesgegenwart und der Dialektik« in die geschichtliche Prozessrichtung umzuwenden. Wo jener Engel »eine einzige Katastrophe« sieht, »erscheint vor uns eine Kette von Begebenheiten«. Kriege und Verfolgungen verschwinden zwar nicht aus unserem Blick, aber von Mal zu Mal treten die tektonischen Verschiebungen, die das große Erdbeben ausgelöst und die vielen Nachbeben verursacht haben und weiter verursachen, deutlicher hervor: die Entwicklung der informatisch potenzierten Produktiv- und Destruktivkräfte, die im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts rasant erfolgende Auskristallisierung des Internet und die dadurch angebahnten Veränderungen der Vergesellschaftungsweise. Die vermeintlichen Sieger der Geschichte erfahren sich ihrerseits in den krisengetriebenen Strudel der Veränderungen hineingerissen. Die schöpferische Seite der großen Zerstörung meldet sich im vielförmigen Auftauchen, an allen Ecken und Enden, von Elementen des transnationalen Hightech-Kapitalismus, dies nun aber im Horizont der planetarischen Umweltkrise, die der auf fossiler Energie basierenden Produktionsweise ihre Grenze zeigt.

Am Schnittpunkt der beiden zuletzt genannten Dynamiken situiert sich die Fragestellung dieses Hefts.

---

10 »Es gibt ein Bild von Klee, das Angelus Novus heißt. Ein Engel ist darauf dargestellt, der aussieht, als wäre er im Begriff, sich von etwas zu entfernen, worauf er starrt. Seine Augen sind aufgerissen, sein Mund steht offen und seine Flügel sind ausgespannt. Der Engel der Geschichte muss so aussehen. Er hat das Antlitz der Vergangenheit zugewendet. Wo eine Kette von Begebenheiten vor uns erscheint, da sieht er eine einzige Katastrophe, die unablässig Trümmer auf Trümmer häuft und sie ihm vor die Füße schleudert. Er möchte wohl verweilen, die Toten wecken und das Zerschlagene zusammenfügen. Aber ein Sturm weht vom Paradiese her, der sich in seinen Flügeln verfangen hat und so stark ist, dass der Engel sie nicht mehr schließen kann.« (Walter Benjamin, *Der Begriff der Geschichte*, IX, GS I.2, 697)

*Der ›Scholz-Moment‹ – eine Entscheidung, die keine ist?*

*Der 24. Februar 2022 markiert eine Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents. Mit dem Überfall auf die Ukraine hat der russische Präsident Putin kaltblütig einen Angriffskrieg vom Zaun gebrochen. Aus einem einzigen Grund: Die Freiheit der Ukrainerinnen und Ukrainer stellt sein eigenes Unterdrückungsregime infrage. [...] Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor.*

Olaf Scholz, Regierungserklärung, 26.2.2022

Was war in jener Nacht des 25. Februar aus dem Regierungsprogramm der Ampelkoalition geworden? »Überholt, veraltet, geändert, fraglich, irrelevant, das sind die Stichworte, die zu fast jedem Kapitel passen«, triumphierte es aus der *Frankfurter Allgemeinen* (Altenbockum, 3.3.22). Der Kanzler lieh mit seiner Stimme denen das volle Gewicht seines Amtes, die bereits auf einen Bruch mit Merkels Politik hingearbeitet hatten. Tatsächlich haben sich in der Bundesrepublik unterm Eindruck des Ukraine-Kriegs die unter Merkel eher zugehaltenen Schleusen des Bellizismus geöffnet, während sich ein mit viel Aufwand und gegen den Willen der USA errichteter Kanal des für beide Seiten vorteilhaften Austauschs geschlossen hat.<sup>11</sup> Die Kriegsstimmung wirkt wie eine Enthemmungsdroge. Die Grundpfeiler der bisherigen Vermittlungspolitik wurden im ›Scholz-Moment‹ faktisch über Nacht abgeräumt. In der ›Qualitäts-Presse‹ fanden sich mit handverlesenen Ausnahmen die besonnenen Stimmen derer retrospektiv verhöhnt, die vor der Katastrophe gewarnt und mit deren Analysen jene Organe sich gelegentlich geschmückt hatten. Hatten nun, da die Waffen sprachen, die Argumente zu schweigen? Über die Vorgeschichte der Katastrophe und die verpassten Chancen ihrer Vermeidung zu sprechen, wurde verbannt aus der massenwirksamen Darstellung des Geschehens. Doch war die Welt wirklich »nicht mehr dieselbe« wie vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine? Hatte sich etwa die Politik der westlichen Führungsmacht USA und in ihrem Gefolge der NATO und aller anderen Machtdispositive des ›Westens‹ verändert?

Dagegen, dass sich daran über Nacht etwas geändert hätte, spricht die Sonderausgabe des *Munich Security Report* zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik vom Oktober 2020 (Bunde u. a.): Hier ist die Marke »Zeitenwende« bereits gestanz

---

11 Christian Wille machte mich darauf aufmerksam, dass es dieses Szenario des ›robusten wertebasierten‹ Handelns gerade bei den damals noch oppositionellen Grünen lange gab, etwa im Umkreis des Zentrums Liberale Moderne; in der CDU/CSU hatten die ›Falken‹ jedenfalls nicht das Sagen, waren aber im Hintergrund durchgehend aktiv. Die grünen Regierungsmitglieder verknüpfen nun auf verquere Weise Ökologie und ›Geopolitik‹ (tatsächlich: Unterstützung der US-Imperialinteressen), wenn sie zum Energiesparen gegen Putin aufrufen. Leider geht die Fridays for Future-Bewegung (FFF) da zum Teil mit. Bezeichnend, dass Habeck in eben diesem Moment für eine Energiepartnerschaft (zur noch nicht anwendungsreifen Wasserstofftechnologie sowie zur Lieferung von Flüssigerdgas) die Vereinigten Arabischen Emirate aufsucht, einen der Hauptakteure des Krieges im Jemen, in dessen Gefolge nach UN-Schätzungen 377000 Menschen (Ende 2021) zu Tode kamen (bis 2030 ca. 1,3 Mio. Tote).

und als Rammbock gegen die Reste von Verständigungspolitik gegenüber Russland und auch schon gegenüber China imperativ in Stellung gebracht. Die Situationsbestimmung registriert den Rückgang von »Washingtons relativer Machtposition«, »die Schwächung einer über Jahrzehnte aufgebauten internationalen Ordnung, den Aufstieg Chinas und die Rückkehr zu einer Machtpolitik, die sich über internationale Normen hinwegsetzt. Dazu kommen einschneidende Folgen des Klimawandels und ein rapider technologischer Umbruch«. Als Vergleichsmaßstab dient die Situation des ›Maidan-Jahres‹ 2014, dem der ukrainische Bürgerkrieg entsprungen ist. Deutschland hat seither »an internationalen Brennpunkten – zum Beispiel im Fall des russisch-ukrainischen Konflikts – eine Führungsrolle übernommen« und seine Militärausgaben um ca. 40 Prozent erhöht. Doch weil es sich »wie kaum ein anderes Land in der maßgeblich von den USA garantierten Ordnung eingerichtet und von dieser profitiert« habe, sei sein »bisheriges ›Geschäftsmodell‹ [...] obsolet [...]. Graduelle Anpassungen können keine Abhilfe schaffen. Deutschland steht absehbar vor einer schicksalhaften Entscheidung«: entweder es gehe europapolitisch in Führung bei der »Gestaltung des Wandels«, oder es müsse sich darauf einstellen, »dass EU-Europa zu einem ›Anhängsel Eurasiens‹ mutiert, das von anderen Mächten dominiert wird«. Noch aber fehle »ein von der politischen Klasse getragener Wille zu einer neuen deutschen Außenpolitik, die ein ›souveränes Europa‹ erst möglich macht« (*Zeitenwende 2020*, 11f).

Das Neue ist, dass das allgemeine Entsetzen über den militärischen Überfall der Ukraine durch Russland diesen von den Spitzen des Staates bereits akzeptierten Willen quasi über Nacht zum Allgemeinen Willen gemacht hat. Es war eine ›Disruption‹. Spätere werden urteilen, ob sie mehr eine schöpferische Zerstörung oder eine zerstörerische Schöpfung war. »In Scherben« lagen die relativen Eigenständigkeit der Bundesrepublik wie der EU insgesamt. Geopfert waren substantielle Interessen – eine vom Willen zur Schädigung Russlands geleitete Selbstschädigung, deren Folgen nicht auf sich warten ließen.<sup>12</sup> Der Ausstieg aus dem Ausstieg aus Kernkraft und Kohle kündigte sich an zusammen mit dem größten Aufrüstungsprogramm der Geschichte der Bundesrepublik.

Könnte es sein, dass der ohne Konsultation mit seiner Partei gefällten Entscheidung des Kanzlers zum 180-Grad-Schwenk in Wirklichkeit ein Verzicht aufs Entscheiden zu Grunde lag? So sagt es die leise, aber von weither und weithin sprechende Stimme Alexander Kluges in das Getümmel: »Das Politische ist nicht, wie man oft glaubt, das Entscheiden. In einer antagonistischen, pluralen Welt kann man nicht entscheiden. Niemand kann das. Man kann nur verhandeln oder Krieg führen. Aber gerade im Krieg kann man nicht entscheiden. Der Krieg ist ein Dämon, den man nicht beherrschen kann. Im Krieg ist nichts entscheidbar. Keiner kann gewinnen. Wer auch immer gewinnt, stürzt ab. [...] Wir müssen wieder anfangen, das politische Alphabet neu zu buchstabieren. Damit meine ich, dass dort, wo der Konflikt entstand, auch das Gegengift zu suchen ist.« (Kluge, 5.3.22)

12 Ein Beispiel von vielen ist der Streik der spanischen Lastwagenfahrer gegen die hohen Spritpreise, der die Auslieferung von Obst und Gemüse für die Versorgung der Städte und den Export zum Stocken brachte.

Wer genau hinhört, versteht, wie hier den Regierenden die Leviten gelesen werden: Sie agierten als Politiker ohne Politik, die deren Begriff als *verhandelnde Beilegung von Konflikten* gerecht würde. Nun mag diese Akzentuierung des Politischen angesichts des empirischen Politikerhandelns als unrealistischer Idealismus erscheinen. Aber jeder weitere Tag von Zerstörung, Tötung und Vertreibung zeigt die Hohlheit des vermeintlichen Realismus. Wäre demnach politischer Analphabetismus an der Macht?

Die Umgangssprache entscheidet die Frage anders: Politik heißt für sie, was Politiker machen. Deshalb glaubt man ihnen oft nicht. Nicht die Dichter lügen in dieser Sicht, wie Platon meinte, sondern die Politiker. Sie taktieren, beugen Wahrheit und Gerechtigkeit, versprechen das Blaue vom Himmel herab und beschwören herauf, was niemand wollen konnte – wie den Krieg in der Ukraine. Zugleich beurteilt man sie danach, wie sie ihre Rolle spielen, als wäre alles nur Theater.<sup>13</sup> Nehmen wir darauf Rücksicht, müssen wir anders sprechen. Die Welt der Politik ist zerklüftet. Selbstverständlich verfolgen die USA eine Politik, ein Netz von Intrigen und Fallen einbegriffen. Wir werden uns dieser Politik gleich zuwenden. Zuvor aber unterstreichen wir Alexander Kluges im Interview mit der ZEIT einprägsam dargelegten Gedanken, dass man *wirklich politisch* gegen das Unglück eines bereits entfachten Krieges *nur noch eines* machen kann: eine Sicherheitsordnung nach dem Muster des Westfälischen Friedens *aushandeln*, bei der es um den Balancepunkt der widerstrebenden Interessen geht. Aktuell zählt ebenso dazu, dass derweil den vor dem Krieg aus der Ukraine Geflohenen nach Kräften geholfen wird – und glückendenfalls danach ihrem Land beim Wiederaufbau.

### *Eine bescheidene Dosis Erinnerungsarbeit*

Was mit der US-Finanzkrise, dann Weltwirtschaftskrise von 2008ff abstürzte, war »nicht allein die Finanzbranche, sondern die gesamte Weltordnung, wie wir sie kannten« (Bollmann zu Tooze 2018). Gemeint war das Verdämmern der aus dem Untergang der Sowjetunion – der Systemkonkurrentin im Ost-West-Konflikt des Kalten Krieges – hervorgegangenen *unipolaren Weltordnung unter US-Hegemonie*.<sup>14</sup>

13 In der ukrainischen Tragödie, deren Einsatz als »das Ende des Endes der Geschichte« beschrieben worden ist (vgl. Tooze, 9.4.22), spielt keiner besser als der ukrainische Präsident. Seiner Wirkung als Führer eines nationalen Befreiungs-Volkskrieges blutigen Ernstes tut es keinen Abbruch, was durch die Pandora-Papers bekannt ist: dass er in ein Geflecht von Oligarchen verstrickt ist, allen voran Ihor Kolomojskyj, in dessen Fernsehsender die Serie, die Selenskyj als *Diener des Volkes* vom Lehrer zum Präsidenten aufsteigen lässt, angelaufen ist. Kolomojskyj hat sowohl Selenskyjs Wahlkampf als auch das Asow-Battalion finanziert. Aber sobald Fragen nach Verbindungen zur Rechten gestellt werden, wird Selenskyjis jüdische Familie aufgerufen usw. usf. Solche Darstellung dieses Präsidenten funktioniert wie ein Filter gegen kritisches Nachfragen.

14 »In der unipolaren Ordnung nach dem Ende des Kalten Krieges hatten westliche Staaten, und allen voran die USA, weitreichende Mittel, um andere Staaten von exzessiver Gewaltanwendung abzuhalten. Die militärische und wirtschaftliche Überlegenheit des Westens ließ anderen Staaten kaum die Möglichkeit, sich ähnlicher Freiheiten zu bedienen, wie sie

Stationen dieses historischen Prozesses haben wir in dieser Zeitschrift wieder und wieder analysiert, zuletzt in »Zur Krise des Politischen im Interim zweier Weltordnungen«.<sup>15</sup> Solange sie nicht katastrophisch erfolgen, braucht die gestaltende Wahrnehmung solcher geschichtlichen Einschnitte ihre Zeit. Die Trump-Wahl und die Knall auf Fall seitens der USA folgenden Abrissarbeiten an international abgestimmter Weltordnungspolitik – Aufkündigung des Pariser Klimavertrags, des Iran-Abkommens, der Weltgesundheits- und Welthandels-Konventionen, des INF-Vertrags (Mittelstreckenraketen 2019) usw. – hatten auch den treuesten Verbündeten der USA zumindest in Europa die Erkenntnis nahegelegt, dass auf ihren Imperialhegemon kein Verlass mehr sei. Hinzu kam, dass er sie jeweils individuell mehr und mehr imperialistisch behandelte.<sup>16</sup> Mit dem Faustrecht des Stärksten verhängte er Zölle über ihre Importe, machte den Zugang zum US-Markt von willkürlich verlangter Folgsamkeit der Verbündeten abhängig, verhängte grenzüberschreitend Strafmaßnahmen (etwa Handel und Finanzbeziehungen der am Iran-Abkommen internationalem Recht gemäß festhaltenden Staaten betreffend). Wer nicht zum Imperium gehörte, hatte noch weniger zu lachen.<sup>17</sup> Die Sanktionen sprechen Bände.

Es ist noch nicht lange her, zuletzt beim – mit den Verbündeten unabgestimmten und deren Truppen nebst Helfern der Lebensgefahr aussetzenden – überhasteten Abzug aus Afghanistan, dass sich europäische Regierungen, darunter die deutsche, klar machten, dass auch die us-geführte NATO, um es milde zu sagen, als Grundlage europäischer Sicherheits- und Weltordnungspolitik nicht mehr ausreichte.<sup>18</sup> Für Herfried Münkler (2018, 9f), berühmt als Autor einer der »wenigen hervorragenden Schriften« zum Thema Imperien im historischen Vergleich (Ikenberry 2008, 175), folgte aus solchem zunächst unter Trump erfahrenen Auf-sich-selbst-Gestelltsein sogar zwingend die Abkehr vom Atlantismus der Nachkriegsgeschichte. Die herrschende Politik gegenüber Russland stehe »im Bann der Legitimationserzählung des ›Westens‹«. Dieses Narrativ mit seiner Beschwörung der atlantischen »Wertege-

---

westliche Regierungen für sich in Anspruch nahmen. Die Ausdehnung der Spielräume zur Gewaltanwendung, bei humanitären Interventionen wie in der Terrorbekämpfung, hatte daher eine asymmetrische Wirkung und führte faktisch zu einem Sonderrecht. Völkerrecht wurde, wenn nötig, hegemonial aufrechterhalten [...]. Mit dem Ende der Unipolarität ist aber auch für das Völkerrecht eine ›Zeitenwende‹ in Sicht. Aus einem hegemonialen Völkerrecht wird wieder eines der Reziprozität, das weniger den Werten eines Pols folgt und sich auf gegenseitiger Anerkennung und Respekt abstützen muss.« (Krisch, 24.3.22)

- 15 Editorial zu *Das Argument* 328, *Krise des Politischen*, 60. Jg., 2018, H.4, 453-84; hier v.a. die Abschnitte 6: Der Umbruch der Weltordnung«, und 7: »Die tektonische Verschiebung im Untergrund« (473-81).
- 16 Zu dieser hegemonietheoretisch wichtigen Unterscheidung vgl. W.F.Haug, »Imperium oder Imperialismus«, in: *Das Argument* 267, 48. Jg., 2006, H. 4, 512-21; überarb. als Kap. 7 in: ders., *Hightech-Kapitalismus in der Großen Krise*, 2012.
- 17 Man denke an das »Kopfgeld« von 15 Millionen Dollar, das die USA 2020 für die Ergreifung des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro ausgesetzt haben. So handelt kein Weltordnungs-Hegemon, sondern präntendierter Weltimperialismus in Wildwestmanier.
- 18 Man erinnert sich an das Diktum des französischen Staatspräsidenten vom »Hirntod« der NATO.



meinschaft« begriff Münkler als »nachträgliche [...] Geschichtspolitik für einfache Gemüter«, die »im Vorfeld politikstrategischer Überlegungen dekonstruiert werden« müsse. Für eine europäische Sicherheitspolitik folge aus der neuen Situation, dass eine »stabile politische Ordnung Europas, die nicht auf eine außereuropäische Macht als Garanten rekurrieren kann, keine europäische Großmacht exkludieren [darf], sondern alle zu deren langfristiger Zufriedenheit einschließen [muss]« (2018, 8). In gleicher Richtung argumentierte Jürgen Habermas. Von den Regierenden verlangte er den »Mut zu gestaltender Politik« in dem Sinne, dass sie »jedes aktuelle Problem aus einer weiter ausgreifenden Perspektive beurteilt und daher nicht nur reaktiv handelt«, sondern den Bürgern zumutet, »über nationale Grenzen hinweg gegenseitig die Perspektive der jeweils anderen [zu] übernehmen. Die Anwälte des politischen Realismus, die darüber ihren Hohn ausschütten, vergessen, dass ihre eigene Theorie auf den Fall des Kalten Krieges zwischen zwei rationalen Spielern zugeschnitten war.« (2018)

Die Nichtbefolgung solcher Ratschläge zählt zu den Weichenstellungen, die zuletzt in den Krieg mündeten. Auch hat die bellizistische Reaktion auf den bestialischen Krieg die Quelle von Einsichten wie jene in den Wind geschlagenen für noch unabhsehbare Zeit zum Versiegen gebracht oder aus der öffentlichen Diskussion verbannt. Die bisherige, wenigstens Entspannungsansätze enthaltende Außenpolitik zumal der Bundesrepublik »liegt in Scherben«, heißt es. Allerdings war bereits vor dem Überfall auf die Ukraine alles vorbereitet, »Russland zum Paria-Staat« zu machen (Wagner 2022), jedenfalls – wie wir einschränkend hinzufügen können – im weltweit angestregten Machtbereich des ›Westens‹.<sup>19</sup> Mit der international ausgehandelten regel- und wertebasierten Weltordnung ist es vorbei, nimmt Münkler an (25.2.22).

Der Weltsicherheitsrat wurde bereits für tot erklärt, weil Russland, wie China, eine seiner fünf Vetomächte ist. Gegen diesen Hauptstrom hebt Alexander Kluge die paradigmatische Bedeutung dieser Institution von Vetomacht für *geschichtliches Weltordnungslernen* hervor: »Jeder Dompteur im Zirkus weiß, wenn er zu nah an das Tier herangeht und seine Sicherheitszone irritiert, wird er gebissen. [...] Aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs stammt die Erfahrung, dass Siegermächte miteinander nicht in Reibung geraten dürfen. Am Tag von Hitlers Tod in Berlin wurde in San Francisco das Vetorecht im Sicherheitsrecht erfunden. Großmächte dürfen direkt keine Kriege miteinander führen. Dies war das stabile Element im Kalten Krieg, der im Übrigen genügend höchst gefährliche Augenblicke hatte.« (5.3.2022)

Nun aber, da Russland vom Westen zum Ausgestoßenen (Paria) der Weltordnung erklärt und China auf der US-Aspirantenliste dieses Status steht, fragt sich,

19 Der Völkerrechtler Nico Krisch (24.3.22) macht darauf aufmerksam, dass fast die Hälfte der afrikanischen Staaten (darunter Südafrika) sich bei der Abstimmung über die von 141 Staaten bejahende Verurteilung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine »enthielt oder auf eine Anwesenheit bei der Abstimmung verzichtete. In Asien enthielten sich eine Reihe der größten und bevölkerungsreichsten Staaten – neben China auch Indien und Pakistan.« Krisch selbst urteilt: »Die russische Invasion ist ein Paradebeispiel unrechtmäßiger Aggression, nicht nur wegen Ausmaß und Brutalität, sondern auch, weil sie die Unabhängigkeit der Ukraine als solche infrage stellt.«

bis zu welchem Punkt sich die Reihe der ›Schurkenstaaten‹ verlängern lässt, ohne dass die faktisch-westliche Herrschaftsordnung sich selbst marginalisiert. Und ab welcher Größe wird die Paria- und Vogelfrei-Erklärung zum weltbrandgefährlichen Risiko für diejenigen, die sich diese Definitionsvollmacht herausnehmen? Kippt nun das Ringen ums Weltordnungsgefüge um in einen politisch-ökonomischen Weltkriegsaufmarsch? Es wäre dies eine Quittung für den Rückfall in eine nur mehr chimärische Systemkonkurrenz, die sich aus ganz gewöhnlicher kapitalistischer Konkurrenz speist, gebündelt und imperialistisch vertreten von den Staaten mit ihren Gewaltmitteln. In der Systemkonkurrenz des Kalten Kriegs ging es dagegen um den substanzialen Gegensatz der von den USA angeführten kapitalistischen Länder zu einer ans Kommunistische Manifest anschließenden Modernisierungsrevolution gegen kolonialistische oder subaltern-kapitalistische Niederhaltungsformen. Nun aber stellte sich die ›westliche Wertedemokratie‹ der – zumindest im politisch-ökonomischen Maßstab relativ absteigenden oder zudem wie die USA demokratiepolitisch »morschen«<sup>20</sup> – Weltmarktzentristen gegen ehemalige Parvenus von den Rändern der Geschichte, die sich Souveränität anmaßen. Sientemalen deren chinesischer Primus inzwischen als Weltmarktkonkurrent Maßstäbe zu setzen begonnen hat, meldet sich unter den westlichen Missionaren des Freihandels, der belebenden Wirkung der Konkurrenz und des Bereicherungstriebes die Abkehr von diesen ihren Heiligen. Plötzlich schien ihnen, ihre soeben noch Angebeteten widersprächen der »regelbasierten Ordnung«. Deglobalisierungstendenzen machten sich bemerkbar. Doch dem Wohlstand des Westens dienten sie erkennbar nicht. In Europa ginge es zumal dem deutschen Maschinenexport an den Kragen, und für die Automobilindustrie wäre es eine Katastrophe. Gegen diesen Widerspruch positionierte sich die absteigende Hegemonialmacht als zu allem entschlossene *Verhinderungsmacht*. Von diesem letztlich aus der Großen Krise des Hightech-Kapitalismus resultierenden Szenario nahm die Kettenreaktion ihren Ausgang. Die Verhinderungsstrategie ging mit »einer unheilvollen Eskalation einher: Was als Handelskonflikt begann, hat sich in einen Wertekonflikt verwandelt. Wertekonflikte sind per definitionem unlösbar – außer wenn eine Seite gewinnt und die andere unterliegt.« (Milanović, 15.3.21)

Der Westen, dem die ›Finnlandisierung‹ nicht in die Pläne passte, hat »die Ukraine in eine Falle laufen lassen«, sagte Herfried Münkler am Tag nach dem russischen Überfall (25.2.22). Besser für die Westmächte und das mit Krieg überzogene Land wäre gewesen, der Ukraine und Weißrussland den Status neutraler Pufferzonen herauszuverhandeln, urteilt er. Ungeachtet der von russischer Seite anscheinend unerwarteten Widerstandskraft könne die Ukraine den Krieg nicht gewinnen. Zunächst sah es so aus, als hätten die USA ein Eigentor geschossen, weil sie Russland mit ihrem Wirtschaftskrieg in die Abhängigkeit von China gezwungen und die Gefahr einer neuen Weltwirtschaftskrise heraufbeschworen haben. Der EU und der Bundesrepublik in deren Rahmen aber bleibe nichts anderes übrig, als durch

---

20 »Die ›älteste Demokratie der Welt‹ ist morsch.« (Ross, FAZ, 6.1.22, 1) Zur Analyse der Gefährlichkeit dieses Zustands vgl. Ruoff 2021.

Hochrüstung zur Nuklearmacht das mögliche Maß an Autonomie zu sichern. Mit dem Konsum der Friedensdividende sei es definitiv vorbei. Adieu zur »Illusion regelbasierter Weltordnung«. Sind wir damit in der abschbar finalen Krise des Weltordnungspolitischen gelandet?<sup>21</sup>

### *Und China?*

*Je mehr wir Europäer Mittel und Werkzeuge erfinden, euch ändern  
Weltteile zu unterjochen, zu betrügen und zu plündern – Vielleicht ist  
einst eben an euch zu triumphieren!*

Johann Gottfried Herder (1774)<sup>22</sup>

China ist der Hauptfeind für die beiden heillos miteinander verfeindeten politischen Lager der USA. Warum? Beide wollen verdrängen, dass die USA ökonomisch, politisch und kulturell nicht mehr fraglos führen und nur mehr militärisch dominieren. China ist der böse Geist, in dem das Verdrängte wiederkehrt. Und nichts macht untereinander Verfeindete für die übrige Welt so gefährlich, wie wenn eine Feindschaft nach außen das einzige ist, was sie zusammenhält (zur Phänographie dieses Zustands der US-Demokratie vgl. Ruoff 2021).

Die w.o. zitierte Formel »Konkurrenz zwischen den USA und China« (Burmeister u.a., 14) beschreibt den Eindruck, der uns vermittelt wird, nicht das Wesen. Letzteres ist verzwickelt, wie alle ›große‹, sprich staatliche Machtpolitik. Auf der Vorderbühne läuft die Vorstellung im Lichte kunstvoll kalkulierter Beleuchtung, auf den funktional unterschiedenen Ebenen der Hinterbühne die vorm Publikum verborgene Machination. Folgende Lagen und Veränderungen bilden den unmittelbaren Ausgangspunkt des aktuell sich zuspitzenden Konflikts: Nachdem das naiv angegangene Demokratisierungsprojekt der multinationalen Sowjetunion unterm Ansturm der Nationalismen zugrunde gegangen war, blieb von den beiden Großmächten der Systemkonkurrenz der Epoche des Kalten Krieges nur die westliche übrig. Dies sicherte den USA in den frühen 1990er Jahren die globale Vormachtstellung, »Washingtons unipolaren Moment« (Foster 2021; vgl. zum Folgenden HTK I, Teil III: »HTK-Weltordnungskriege«, v.a. Kap. 11: »Herrschaft ohne Hegemonie?«). Anderthalb Jahrzehnte später zeigte sich, »dass die Gleichung Globalisierung = Amerikanisierung nicht aufgegangen war« (HTK II, 284). Exemplarisch für ein Real-Lehrbuch der Dialektik: Als Systemkonkurrenten und Feinde im Kalten Krieg waren Russland und China systemerhaltend gewesen.

21 Es handelt sich also keineswegs um einen Kalten Krieg 2.0, betont Münkler. Dem Kalten Krieg lag eine eingefrorene Konfliktlage zu Grunde: anerkannte Einflusszonen und neutrale Räume. Jetzt, im Zeichen des Schießens, befänden wir uns demnach in einer »undefinierten Zone« der Geschichte.

22 Dieses Zitat in kräftiger Sprache entlehne ich Jürgen Habermas' Spätwerk, dessen Titel *Auch eine Geschichte der Philosophie* (2019) auf den herderschen Titel *Auch eine Philosophie der Geschichte zur Bildung der Menschheit* (1774) dialektisch antwortet. Vgl. meine Untersuchung über »Habermas' Genealogie vernünftiger Freiheit und die Philosophie der Praxis« am Beispiel seines Spätwerks von 2019 in *Das Argument* 339 (Juli 2022).

Es war ihre »Hinwendung zum Kapitalismus«, die sie zur »Quelle von Spannungen« werden ließ (ebd.). Deren Verschärfung hat Peter Gowan bereits 2007 vorausgesagt (166). Die ersten zehn Jahre des »unipolaren Moments« waren für die USA als globaler »Konsument letzter Instanz« (HTK II, 13) die goldenen Jahre von »Chimerika« (vgl. HTK II, Kap. 10). Unter weltökologischem Aspekt<sup>23</sup> basierten sie auf der Auslieferung von Chinas Arbeitskräften und Bodenschätzen – billiger menschlicher und außer-menschlicher Natur – ans transnationale Kapital im Tausch gegen Weltmarktzugang. Die USA wurden vom Dollarstatus einer Welt-Reservewährung dazu befähigt, vom weltwirtschaftlichen »Paradox eines antikeynesianischen Keynesianismus« (Haug 2005) finanziell zu profitieren. Die von den USA ausstrahlende Große Krise des High-tech-Kapitalismus ließ die Finanzfalle zuschnappen und zeitigte hegemoniepolitische Folgen. Der Staatsinterventionismus Chinas, der »im Windschatten der im Frühjahr/Sommer 2010 einsetzenden Austeritätspolitik des Westens seine besondere Wirkungskraft« entfaltete (Soly 2020, 3) und mit aufgehäuften Dollar-Reserven, m. a. W. mit US-Schulden finanziert werden konnte, bewährte sich als Schlüssel zu Chinas Erfolg. Jetzt schrillten in den USA die Alarmglocken. Der subalterne Status der »Fabrik der Welt« war gewesen. Die chinesische Wirtschaft richtete sich zur Selbständigkeit auf. China konnte sich im Zuge der Entwicklung des inneren Marktes mehr und mehr das »hegemoniale Opfer«<sup>24</sup> leisten, das die Hegemonialmacht der unipolaren Situation des Postkommunismus sich nicht mehr leisten konnte oder zumindest nicht wollte. Für die Machtstrategen der USA stellte sich immer schärfer die Frage, ob sie den Übergang zu einer multipolaren Weltordnung moderieren oder obstruieren sollten. Trumps Deregulierung der internationalen Beziehungen, seine Zerstörung der über die WHO und andere Institutionen »regelbasierten« Weltordnung durch erpresste Einzel-Deals und willkürliche Strafzölle, lässt sich als Ausdruck des faktisch bereits eingetretenen Interregnums begreifen.<sup>25</sup> Unter dem demokratischen Nachfolger Trumps, Biden, fiel die Entscheidung für den Krieg gegen China mit wirtschafts-politischen Mitteln.

Bereits vier Wochen nach seiner Amtseinführung am 20. Januar 2020 erklärte Biden bei der virtuell stattfindenden Münchner Sicherheitskonferenz am 19. Februar: »Wir müssen uns dem ökonomischen Druck und den Übergriffen der chinesischen Regierung entgegenstellen, die die Grundlagen unseres internationalen Wirtschaftsystems untergraben. [...] Wir müssen die Regeln gestalten, die den Fortschritt der Technik und die Verhaltensnormen im virtuellen Raum, der künstlichen Intelligenz und der Biotechnologie bestimmen.«<sup>26</sup>

23 »Nicht zufällig beginnt jede Ära des Kapitalismus mit einem »neuen Imperialismus« und einer neuen Industrialisierung.« (Moore 2020, 160)

24 Zum Begriff des »hegemonialen Opfers« vgl. Haug, 2004, 20f. sowie HTK II, Kap. 8.4, 189ff.

25 »In this respect, the Trump administration's prosecution of a New Cold War on China was no anomaly, but rather the inevitable U.S. response to China's rise and the end of Washington's unipolar moment.« (Foster, 1.7. 2021)

26 Hier ist alles fragwürdig, auch die Vorstellung »der« künstlichen Intelligenz. Diese ist so vielfältig wie die historisch-verkörperte. – Zu Verhaltensnormen im virtuellen Raum und wie dieser 1996 in den USA in Gestalt eines faktischen Kartellprivilegs auf öffentliche Meinungsgestaltung als rechtsfrei festgelegt wurde (§ 230c); vgl. Kosseff 2019 u. v.Xylander 2022.

Das erste hochrangige Gespräch der Biden-Regierung mit China, am 18. März 2021 in Alaska, wurde vom US-Außenminister im Ton mehr noch als in der Sache demonstrativ antidiplomatisch geführt, als schroffe Zurechtweisung und Abmahnung von oben herab.<sup>27</sup> Es ist ein Katalog von Anklagen gegen Handlungen, »deren jede die regelbasierte Ordnung bedroht, welche die globale Stabilität bewahrt«. Die Anklage lautete, kurz gesagt, auf *Weltordnungsgefährdung*. Der chinesische Außenminister erwiderte, China halte entschieden fest »am UNO-zentrierten internationalen System und der vom Völkerrecht untermauerten Ordnung, nicht aber an dem, was von einigen wenigen Ländern als die so genannte regelbasierte Ordnung vertreten wird«. Er fügte hinzu: »Unsere Werte sind dieselben wie die allgemeinen Werte der Menschheit. Diese heißen: Frieden, Entwicklung, Fairness, Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie«, auch wenn letztere anders verstanden werde als in den USA.

Der chinesische Staat antwortet selbstbewusst und rechnet den USA vor, wie sie gegen jene Menschheitswerte verstoßen.<sup>28</sup> Die USA antworten damit, dass sie im Unterschied zu China die Macht dazu haben und auch dafür sorgen werden, dass es so bleibt.

Dass China sich nicht unterwirft, wird von den Offiziösmedien des Atlantismus als Kriegserklärung dargestellt. Die Maßnahmen, die von den USA Schlag auf Schlag in engem zeitlichem Kontext der zitierten brüskierenden Konfrontation ergriffen wurden, umreißen das Profil dessen, was John Bellamy Foster im Blick auf das Treffen der asiatischen Entsprechung zur NATO (QUAD) am 12.3.21 »a hyper-aggressive Cold War 2.0 directed at China« genannt hat (1.7.21).<sup>29</sup> Am 21.3.21 verkündeten die USA zusammen mit EU, Großbritannien und Kanada Sanktionen gegen vier chinesische Beamte, denen sie Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang vorwarfen; am 30.3.21 folgte die Anklage wegen Völkermordes.<sup>30</sup> Am 8.4.21 setzten die USA sieben chinesische IT-Konzerne auf die Proskriptionsliste; am 30.4.21 brachen sie mit dem Ein-China-Prinzip, dem seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1979 unter Präsident Carter den für die USA verbindlichen, allerdings

27 Die Transkription ist nachlesbar unter »How It Happened: Transcript of the U.S.-China Opening Remarks in Alaska«, *NIKKEI Asia*, 19.3.2021 (www).

28 »We do not believe in invading through the use of force, or to topple other regimes through various means, or to massacre the people of other countries.... The United States has exercised long-arm jurisdiction and suppression and overstretched [its] national security through the use of force or financial hegemony, and this has created obstacles for normal trade activities, and the United States has also been persuading some countries to launch attacks on China.... With [respect to] Xinjiang, Tibet and Taiwan, they are [each] an inalienable part of China's territory. China is firmly opposed to U.S. interference in China's internal affairs.« (*Transcript* 19.3.20)

29 Biden tritt in die Fußstapfen der Trump-Regierung wie diese in die ihrer Vorgängerin. Die Huawei-Managerin Meng Wanzhou war bereits im Dez. 2018 auf Drängen der USA in Kanada festgesetzt worden. Auch die Diskussion um den 5G-Netzausbau gehörte zum »Vorspiel«, mit dem Unternehmen und ganze Länder von China weg an die Seite der erwiesenermaßen die heimische Tech-Industrie in weltweite Späh-Aktivitäten einbindenden US-Administration gedrängt wurden und weiterhin werden.

30 Hier meldet sich die Zwischenfrage, ob die Dynamik des Ukraine-Krieges, in dem Kiew und Moskau einander wechselseitig »Genozid«-Vorwürfe machen, etwas mit der Dehnung und Entleerung des Begriffs zu tun hat, den die USA an diesem Punkt weiter befeuert haben.

bereits von Trump 2016 in Frage gestellten »bisherigen Eckstein der Beziehungen zwischen den USA und China«.<sup>31</sup> Am 5.5.21 proklamierte sich die Gruppe der sieben kapitalistischen Kernländer des ›Westens‹, bestehend aus den USA, Japan, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Kanada, kurz die »G 7«, zum globalen Garanten der »regelbasierten internationalen Ordnung«. Kein Jahr später ist für die *Frankfurter Allgemeine* China »ein Unrechtsstaat« (FAS, 20.2.22) und wird damit sprachlich auf eine Ebene mit der 1990 untergegangenen und seither immer erneut delegitimierten DDR gerückt, dies in derselben Ausgabe, in der das für Russland bereits instrumentierte Schicksal eines »Paria-Staates« umrissen wird. Das ist vier Tage vor der Invasion der Ukraine durch Russland.

### *Wie kam Russland ins Spiel, und wie die Ukraine?*

In seiner Botschaft an die NATO-Staaten bei der Sicherheitskonferenz vom Februar 2021 hatte Biden im Anschluss an seine Mobilmachung gegen China erklärt: »So werden wir auch der Bedrohung aus Russland begegnen können. [...] Putin strebt die Schwächung des europäischen Projektes und des NATO-Bündnisses an. Er will die transatlantische Einheit und unsere Entschlossenheit aushöhlen, weil es dem Kreml sehr viel leichter fällt, einzelne Staaten zu schikanieren und zu bedrohen als mit einer starken und eng verbundenen transatlantischen Gemeinschaft zu verhandeln. Deshalb ist das Eintreten für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine weiterhin ein wesentliches Anliegen Europas und der Vereinigten Staaten.« Das war fast auf den Tag genau ein Jahr vor Russlands Einmarsch.

Nun, in den auf »Scholz' Moment« folgenden Wochen kannte angesichts der russischen Aggression nicht nur in der Bundesrepublik »die öffentliche Debatte über Putin und seine Invasion nur einen Zustand, den der Empörung«. Steingart, der dies festhält (9.3.22), sieht dafür zwei Gründe aufseiten der Politiker. Den ersten, gut nachvollziehbaren Grund teilten die Politiker mit der großen Mehrzahl der Bevölkerung: Es war der Krieg selbst, skandalös in seiner Missachtung des Völkerrechts und in seiner Skrupellosigkeit, »das Menschenrecht auf Unversehrtheit, auf Freiheit, auf Leben unter den Ketten seiner Panzerarmee zu zermalmen«, sowie in seiner Infragestellung der Grenzen und damit der europäischen Friedensordnung.

Ganz anders der zweite Grund: »Die politische Klasse – in Washington, in London, in Paris und auch in Berlin – will mit der mittlerweile hundertfach wiederholten Aussage von ›Putins Krieg«<sup>32</sup> und der Klassifizierung des russischen Präsidenten als Mörder, als Irren, als Wahnsinnigen von ihrer Mitverantwortung beim Zustandekommen jener Verhältnisse ablenken, die zu diesem Krieg geführt haben. Es bleibt sein Krieg. Aber es sind auch ihre Verhältnisse.« (Ebd.)

In diese Verhältnisse gilt es hineinzuleuchten. Georg Fülberth deutet den Zusammenhang der US-China-Beziehung mit der möglichen Zündwirkung des

31 Siehe »What is the ›One China‹ policy?«, BBC, 6.10.2021 (www).

32 So auch auf der Themenseite der RLS.

Nebenschauplatzes Ukraine sowie der neuen deutschen Außenpolitik an: »Der ehemalige US-Präsident Donald Trump, sein Nachfolger Joe Biden und Annalena Baerbock hatten dieses Land [China] schon vor dem 24. Februar als Hauptfeind für den sogenannten Westen identifiziert. Osteuropa wäre dann in diesem Ringen nur ein Nebenschauplatz, auf dem aber eine Initialzündung ausgelöst wurde, wie in den Marokko-Krisen (1904–1906, 1911), dem Bosnienkrieg von 1908 und bei dem Mordanschlag auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand und dessen Ehefrau Sophie in Sarajevo am 28. Juni 1914. Darauf folgte der Erste Weltkrieg.« (Fülberth, 13.3.22) Trump fand beim Antritt seiner US-Präsidentschaft 2017 diese Feindbestimmung bereits vor und versuchte zunächst, sich ihr zu entziehen. Adam Tooze (2021) erinnert daran, dass Hillary Clinton bereits 2011 als US-Außenministerin unter Obama die strategische Umorientierung nach Asien mit Stoßrichtung auf China initiiert hatte.

Im Ergebnis der sog. »Euromaidan-Ereignisse, welche sich im August 2014 zu kriegerischen Auseinandersetzungen mit russischer Intervention entwickelten«, ergab sich laut *Wikipedia* (20.3.22) »die Gelegenheit für die Russische Föderation« zur »endgültigen Eingliederung der Halbinsel [Krim] in die geopolitische Einheit Russlands«. <sup>33</sup> Hillary Clinton verglich daraufhin Putin mit Adolf Hitler, um innenpolitisch zu punkten. Gabor Steingart, der dies vermerkt, ruft den vormaligen US-Außenminister Henry Kissinger in den Zeugenstand. In der *Washington Post* hatte dieser eindringlich vor der weiteren Aufheizung der Situation gewarnt: »Für den Westen ist die Dämonisierung von Wladimir Putin keine Politik, sondern ein Alibi für das Fehlen einer Politik.« Es sind Worte, die uns im Moment des Krieges aufstoßen wie ein Richtspruch der Vernunft, für den es zu spät ist. »In der öffentlichen Diskussion über die Ukraine geht es nur um Konfrontation. Viel zu oft wird die ukrainische Frage als Showdown dargestellt: Ob sich die Ukraine dem Osten oder dem Westen anschließt. Doch wenn die Ukraine überleben und gedeihen soll, darf sie nicht der Vorposten der einen Seite gegen die andere sein – sie sollte als Brücke zwischen beiden Seiten fungieren.« (Kissinger, 6.3.2014) Angesichts der brennenden Ukraine, der Sterbenden und Flüchtenden, der Zerstörungen lässt sich die Frage nicht unterdrücken: »Warum konnte man nicht die Ablehnung des NATO-Beitritts der Ukraine von 2008 erneuern? Wäre es ein Gesichtsverlust gewesen, mit Russland einen Vertrag über gleiche Sicherheit abzuschließen, in dem auf Angriffswaffen in

33 Hinter dem Wort »Ereignisse« verbergen sich gewalttätige Zusammenstöße am Rande des Bürgerkriegs, die einzelne Todesopfer forderten. Einsatz war derselbe wie im acht Jahre später ausgebrochenen »Ukraine-Krieg«. Um Blutvergießen zu verhindern, vermittelten damals die Außenminister Frankreichs, Polens und Deutschlands zwischen dem sowohl zur EU wie zu Russland hin offenen, insofern »neutralistischen« Präsidenten Wiktor Janukowitsch und den Anhängern der Westintegration einen beidseitigen Rückzug. Über Nacht vollzog sich der Regimewechsel. Die Antwort war der Bürgerkrieg. Die näheren Umstände werden als eine Art Staatsgeheimnis behandelt, in das vielleicht künftige Historiker eindringen werden. Eine Spur hat die für Europa zuständige Staatssekretärin im US-Außenministerium, Victoria Nuland, mit den berühmten Worten »Fuck the EU« hinterlassen (www). *Die Welt* rühmte den Ausgang unter dem Titel »Der diplomatische Coup des Frank-Walter Steinmeier« (Ehrenstein u. a., 21.2.14).

den grenznahen NATO-Staaten verzichtet worden wäre? Warum hat man die Ukraine nicht dazu gebracht, die Maßnahmen aus dem Minsker Vertrag, den die Ukraine selbst unterschrieben hatte, umzusetzen? Nun hat Putin den Preis erhöht. Er fordert, die Ukraine solle offiziell auf den Beitritt zur NATO verzichten, sie solle die Krim und Sewastopol als russisches Territorium anerkennen, seiner Entmilitarisierung zustimmen und sich für neutral erklären.« (Paech, 28.2.22) Was also ritt und reitet noch immer den US-geführten ›Westen‹, dass er bis zuletzt entsprechende Verhandlungen verweigerte und sich verhielt, als legte er es darauf an, beide in die Falle zu locken: die Ukraine, indem er sie der Unterstützung versicherte und Waffen lieferte, Russland, indem er diesem versicherte, militärisch nicht einzugreifen.<sup>34</sup> Wenn er nun nach vierwöchigem Wüten des Krieges verkündet, Putin habe sich getäuscht, wenn er geglaubt hat, er könne die NATO-Länder spalten, denn diese seien im Ergebnis so geschlossen wie nie zuvor, verkündet er damit nicht den Sieg der USA? Die EU – und in ihr vor allem die Bundesrepublik – hat ihr Moment außenpolitischer Souveränität hergegeben, die Ukraine ist den Schrecken eines Stellvertreterkrieges ausgeliefert, Putin ein Paria, die russische Bevölkerung eine Geisel – und nicht zuletzt: China verwarnt. Irgendwie scheinen die Deutschen zu spüren, dass da etwas in der Art von Yeats' poetischem *räudigen Tier, des Zeit nun gekommen* auf sie zukriecht, denn ihr »Zukunftsoptimismus« ist »auf einen Tiefstwert gesunken« (FAZ, 24.3.22, S. 1).<sup>35</sup>

### Woher und wohin die Wucht?

*Die Ästhetisierung des Krieges ist eine falsche Anwendung der Einbildungskraft. [...] An die Stelle von Ästhetisierung muss mit voller Empathie und Emotion das hierfür notwendige Unterscheidungsvermögen in unseren Öffentlichkeiten geschärft werden.*  
Alexander Kluge (2.3.22)

Mit Benjamins *Kunstwerk*-Aufsatz könnten wir von der »Ausstellbarkeit« (GS I.2) dieses Krieges sprechen, die über die Medien ausgespielt wird. Gehen wir näher heran, sehen wir, dass es nicht eigentlich ›der Krieg‹ ist, was uns gezeigt wird,

34 Letzteres, Russland betreffend, sieht auch Mychajlo Podoljak so, der die Verhandlungen mit Russland von ukrainischer Seite führt. Er übersieht, dass sein Land sich in dieselbe Falle hat locken lassen. Mögliche Zweifel überblendet er mit der Behauptung, der Krieg, mit dem Russland sein Land heimsucht, sei »bereits ein Stück des dritten Weltkriegs« (Podoljak, 25.3.22). Möglich ist, dass dieser zur Lunte wird, die den Weltbrand entzündet. Aber vorderhand liefert die Ukraine »in diesem, nach dem Untergang des Ostblocks 1989/1990 neuen kalten Krieg nur das bedauerliche heiße Schlachtfeld, welches im ›Großen Schachbrett‹ von Zbigniew Brzezinski schon vor 25 Jahren vorausgesagt worden war« (Paech 10.3.22). Sicher ist nur: Seitens des Westens soll die ökonomische und politische Konfrontation mit noch härteren Sanktionen verschärft werden, und der Widerstand gegen die russische militärische Übermacht, d.h. der Krieg, soll mit der Lieferung neuer, noch wirksamerer Waffen gestärkt und verlängert werden. Die Voraussetzungen für einen strategischen Kompromiss zwischen USA/NATO und Russland sind offensichtlich noch nicht gegeben.« (Ebd.)

35 »Nur noch 19 Prozent sind für die kommenden 12 Monate optimistisch gestimmt. [...] Der bisherige Tiefstwert lag 1950 während des Koreakriegs bei 27 Prozent.« (Ebd.)



sondern unser Blick ist über den gezeigten Anblick »eingebettet«. Der Krieg wird nicht so sehr ausgestellt, als dass wir in ihn eingestellt werden. Es ist *embedded journalism*. Es ist unser Krieg, auch wenn nicht unser Blut, sondern das Blut der anderen fließt. Noch im Abstoßenden, das gezeigt wird, sind es mitreißende Bilder. Magisch machen sie uns zu mitfiebernden Gefühlspartisanen dieses Krieges. Während Brecht von seinen Schauspielern verlangte, ihr Zeigen mitzuzeigen, um die Zuschauer nicht in Einfühlung zu verschlingen und der Identifizierung mit den gezeigten Akteuren durch Distanzierung entgegenzuwirken, ist hier das Zeigen kein Gegenstand *für uns*, sondern wir sind sein Gegenstand und werden in die Unmittelbarkeit des Einfühlens gerissen. Wir sind auf Seiten der Guten gegen das Böse. Für alle Menschen, denen an ihrer Freiheit liegt, führen »die Ukrainer« diesen Krieg. Ist es »unser« Stellvertreterkrieg? »Krieg essen Seele auf«, könnten wir in Anspielung auf Rainer Werner Fassbinders berühmten Film *Angst essen Seele auf* (1973) sagen. Was die Satiresendung *Die Anstalt* vor Jahren in einer berühmt gewordenen Folge, erarbeitet auf Grundlage solider Forschungen an den Universitäten Würzburg und Leipzig, auf den Arm genommen hat, die atlantizistische Penetration der deutschen Medienlandschaft, hier wirkt sie sich aus als einschüchternd einheitliche Orchestrierung.

Die USA, deren Regierung dem online-kapitalistischen Strukturwandel der Öffentlichkeit folgend selbst die TikTok-Meinungsführer in die aktuelle Kriegsbildprägung einbezieht,<sup>36</sup> lieferten das Vorbild dessen, was man parlamentarische Kriegsbild-Erstattung nennen könnte: Der Tagungsraum des US-Senats verwandelte sich in eine Mischung aus Kultraum und Kino oder beides zugleich als Messestand. Auf einem riesigen Bildschirm, links und rechts je zwei US-Flaggen, das schaurig-schöne Schauspiel eines gewaltigen Feuers. Kein brennendes Etwas, sondern das Absolutum des vernichtenden Brennens. Die *Frankfurter Allgemeine*, die es zum Titelbild der Ausgabe vom 17. März 2022 machte, titelte in der Bildlegende: »Selenskyjs Mittel«. Dazu das fachmännische Urteil: »Und der ukrainische Präsident weiß, wie er seinen Botschaften Nachdruck verleiht. [...] Den Volksvertretern spielte Selenskyj in seiner Videobotschaft Bilder vom Grauen des Krieges ein.« Was er damit erreichen wollte, war ein militärischer Eingriff in Gestalt eines Luftkrieges der us-geführten NATO gegen Russland. Das aber hätte, wie uns (und bislang auch der US-Führung) der gesunde Menschenverstand sagt, vollends das Zeug, den nuklearen Weltenbrand zu entzünden.

Die FAZ fragt nicht, wer dem ukrainischen Präsidenten diese Bühne eingerichtet hatte. Und wir wissen nicht, was in den Köpfen der Senatsmitglieder vorging. Mit ihrem stehenden Beifall am Ende gaben sie den Parlamenten, die sich dieser so noch nie gekannten Propaganda-Aktion mit analogen virtuellen Auftritten des ukrainischen Präsidenten anschlossen, das Maß vor. Zunächst dem deutschen. Hier ging

36 Angesichts des Aufstiegs der Plattform *TikTok* zu einer »dominanten Nachrichtenquelle« der jungen Generation beauftragte die US-Regierung »Gen Z for Change«, eine Nonprofit-Anwaltsgruppe damit, TikToks Spitzen-Beeinflusser zwecks »Briefing« zum Ukraine-Konflikt und der Rolle der USA darin auf ihrer Online-Plattform zusammenzurufen (Lorenz, 11.3.22).

nächsten Tages das Kalkül in besonders einschneidender Weise auf. Selenskyj sparte nicht mit Kritik an der mangelnden militärischen Unterstützung der Bundesrepublik. Den Meißel seiner Rhetorik aber richtete er auf die für die Bundesrepublik formell konstitutive Formel des *Nie wieder!*, bezogen auf die nazistische Erfahrung. »Nie wieder *Nie wieder!*« – in diesen Appell ans deutsche Parlament zur Absage an das, was historisch den Geist der bundesdeutschen Verfassung ausmacht, mündete die Rede des ukrainischen Präsidenten. Die Abgeordneten aber, einschließlich der Regierung, spendeten stehend Beifall.

Beifall auch von der *Frankfurter Allgemeinen*, die bereits vor Beginn des Krieges Züge eines rechten Kampfblatts angenommen hatte<sup>37</sup>: »Selenskyj setzte – schonungslos – den Hebel dort an, wo er in Deutschland die größte Wirkung hat: bei der Frage, welche Verpflichtungen aus den Verbrechen und Fehlern der Vergangenheit erwachsen. Noch nie bekam der Bundestag von einem Gast zu hören, das ›Nie wieder!‹ sei ›einfach nichts wert‹. Nord Stream 2 sei kein wirtschaftliches Projekt, sondern eine ›Waffe‹ und der ›Zement der Mauer‹, die mit deutscher Hilfe in Europa errichtet werde. Diese Vorwürfe müssen Bundeskanzler Scholz und vielen weiteren Zuhörern im Saal oder im Ruhestand in den Ohren gedröhnt haben wie Geschützfeuer.« (Kohler, 18.3.22) Soweit und zufrieden die FAZ.

Wer aber, ist zu fragen, wird hier von wem und in welcher Absicht den Tantalusqualen ausgesetzt, sein derart aufgestacheltes Verlangen nach einem Kriegseintritt frustriert zu finden? Wohin treibt die dadurch aufgestaute Spannung? In welchen Formen wird sie sich entladen? Vielfach erfahren wurde, dass der Druck bei kritisch reflektierten Geistern zur Zensur, oft auch zu vorsichtiger Selbstzensur in Form des öffentlichen Verstummens geführt hat.

Wie in dieses mit emotionalem Hochdruck geladene Getümmel hineinreden? Wir spüren die Einschüchterung. Verstummen wollen wir nicht. Müssen wir doch, geleitet vom Mitgefühl mit der ukrainischen Bevölkerung und zugleich auch von den Studien zum aktuellen Weltordnungsringen, aussprechen, dass das Grauen des Krieges, dem die ukrainische Bevölkerung sich im antagonistischen Alles-oder-nichts-Zusammenwirken der Kriegsparteien auf Verderb ausgeliefert findet, im strategischen Kalkül der USA nur ein Nebenschauplatz im Ringen mit China und im selben Aufwasch eine Redisziplinierung der europäischen NATO-Staaten ist.<sup>38</sup> Und dass es, wie Sartre und

37 Erhard Crome hat an einem Beispiel von Hass-Journalismus vorgeführt, wie in der FAZ über Textverfälschung durch dekontextualisierte Zitatstücke »ausgerechnet Rosa Luxemburg für Putins Krieg gegen die Ukraine in Haftung« genommen wurde (März 22): Ihre Kritik von 1918 an der Abschaffung der Demokratie in Russland durch die Bolschewiki mit dem Argument, dass »eine Diktatur allerdings« entstehen werde, aber nicht die des Proletariats, sondern »einer Handvoll Politiker, d. h. Diktatur im rein bürgerlichen Sinn, im Sinne der Jakobinerherrschaft« (Luxemburg GW 4, 362), wird als »Hetzschrift« (Klimeniouk, 24.2.22) verlästert und dazu noch dem Ruch des Rassismus ausgesetzt. Aber warum? »Die polnische Jüdin, von deutschen Rechten ermordet, soll nun den ukrainischen National-Propagandisten nicht im Wege stehen.« (Crome, März 2022)

38 »Über die eigenen Fehler, die eigenen Provokationen und Aggressionen, die Putin in die Ecke getrieben haben, redet keiner. Man glaubt, jetzt haben wir ›Putin im Sack‹. Doch könnte man sich auch fragen, ob die NATO Putin nicht vielleicht gezielt in diese Ecke getrieben hat,

Beauvoir ihrerzeit festgestellt haben, den Faschisten gemäß wäre, das ›Volk‹ seiner nationalen Größe zu opfern.

Dieses geopfert Volk erhält jetzt seinen ästhetischen Ausdruck um den Preis seines Rechtes auf Leben. Und dieser ästhetisierte Ausdruck schlägt nicht nur die europäischen Völker in den Bann des Krieges und des Opfernens, sondern die Folgen treffen die ärmeren Schichten und Länder fast weltweit. Ein Reich der Lüge auf den Flügeln des missbrauchten Mitleidens und Mitfiebers tut sich auf: die Zivilgesellschaft aufbrausend für ihr militärisches Entmächtigtwerden, die zugleich ökonomische und sozial-ökologische Enteignung für sie bedeutet.

### *Kleine Welt, was nun?*

*Menschliches Leid! Was wissen die kommenden Zeiten davon?  
Es ist nicht von Dauer wie die Steine großer Häuser und der  
Ruhm von Generälen; das Leid – Weinen, Flüstern, Todesröcheln  
und letzte Seufzer, Schreie der Verzweiflung und des Schmerzes  
– verschwindet spurlos, zusammen mit Rauch und Staub, die der  
Wind über die Steppe verweht.  
Wassili Grossman, Stalingrad*

Es gibt geschichtliche Momente, denen literarische Stimmen am ehesten gerecht werden. So die Stimme Wassili Grossmans, dem in Sachen *Krieg und Frieden* Tolstoi des 20. Jahrhunderts.<sup>39</sup> Verständnis dafür findet sich an guten Tagen auch in der FAZ. Ein solcher war der hundertste Geburtstag des italienischen Dichters und Filmemachers Pier Paolo Pasolini. Ins stellvertretende Kriegsfiebern mit der Ukraine schmuggelte Dietmar Dath in seinen empathischen Artikel zu Pasolini dessen Urteil übers kapitalistische Bürgertum ein: »das Bild einer Klasse, die Urbanität und Libe-

---

aus der er nur mit Gewalt wieder herauskommen konnte.« (Paech, 28.2.22) – Joe Lauria (27.3.22) holt zur Bestätigung dieses Verdachts die befugte Stimme des US-Präsidenten in den Zeugenstand: Bei der Pressekonferenz am 24.2.22, dem ersten Tag der Invasion, wurde Biden gefragt, warum er glaube, neue Sanktionen würden wirken, da die bisherigen Sanktionen den russischen Einmarsch nicht verhindert hatten. Biden antwortete: »No one expected the sanctions to prevent anything from happening«. Und weiter: »That has to sh[...!] — this is going to take time. And we have to show resolve, so he knows what's coming and so the people of Russia know what he's brought on them. That's what this is all about.« – Einen Monat später wiederholte Biden diese Auskunft bei der brüsseler NATO-Tagung: »Let's get something straight ... I did not say that in fact the sanctions would deter him. Sanctions never deter.« – Lauria schließt daraus, dass der Zweck der drakonischen Sanktionen niemals die Verhinderung der russischen Invasion der Ukraine gewesen sei, sondern »Russland zu bestrafen und seine Bürger dazu zu bringen, gegen Putin aufzustehen und letztlich wieder ein Marionettenregime à la Jelzin einzusetzen. Ohne Anlass hätten jene Sanktionen niemals auferlegt werden können. Der Anlass war Russlands Invasion.« (27.3.22) Laurias Annahme werden Historiker dereinst prüfen können. Doch jene abgefäimte Intrigenwendung des dialektischen Grundsatzes, Ausgangspunkte ihrerseits als Resultate zu begreifen, muss man zum Verständnis der Weltordnungsintrigen der Gegenwart wohl schon jetzt lernen.

<sup>39</sup> Erwähnt sei Paul Ingendaays Besprechung von Grossmans Roman *Stalingrad* (2.12.21), an dem sich Schicksale der heutigen Ukraine ermessen lassen.

ralismus, Kunst, Wissenschaft und Kultur nur als Ausreden für Abscheuliches im Munde führt und jede Krise, sei sie ökonomisch, geopolitisch, ökologisch oder kulturell, erbarmungslos nutzt, um das gesellschaftliche Kräfteverhältnis weiter zu ihren Gunsten zu verschieben. Ausbeutung, Kriegsgewinnerei, Raubbau an der Natur, Anomie«. Dath schließt mit dem Gestus ästhetischer Ergebenheit: »Was soll man dagegensetzen? Religion, Mythos, Linksradikalismus? Den heimatlichen Dialekt [...]? Das alles waren und sind keine Waffen. Pasolini aber verhielt sich dazu wie sein Josef zu dem Stein, auf dem der Mann, dessen Frau den Messias in sich trägt, im Matthäus-Film einen Moment rastet. Das Feste tröstet ihn [...]. Dann kommt ein junger, schöner, androgyner Engel und spricht vom Schicksal des Menschensohns.« (Dath, 5.3.2022)

Aber was tun? Worin unseren Orientierungsversuch zusammenfassen, nachdem wir etwas poetischen Atem geschöpft haben? Frank Deppe hat Recht, es geht nun darum, die Friedensbewegung zu stärken. Dem dient Peter Wahls vorzügliche Hintergrundanalyse zum Ukraine-Konflikt, die wir im Online-Supplement dieses Hefts bringen, und zu eben dem mag auch der vorliegende Versuch beitragen, die Fronten im gegenwärtigen Weltordnungsringen aus den Nebeln des Krieges auftauchen zu lassen. Auch folgen wir Deppe mit seinem Rat an die Kriegsgegner und nicht zuletzt an die Linke, in die kritische »Auseinandersetzung mit denjenigen Kräften ein[z]utreten, die im Namen der Demokratie und der Menschenrechte insbesondere das Regime in China als Feind definieren wollen«, wobei es wiederum »überaus naiv wäre, die globalen Machtkonflikte nach dem Muster des alten Kalten Krieges (Kapitalismus gegen Sozialismus) zu denken« (Deppe, März 2022, 11). Wenn mithin eine Zuspitzung der innerkapitalistischen Konkurrenz auf Basis des transnationalen Hightech-Kapitalismus das gefährliche Weltordnungs-Interim hervorgerufen hat, dann ist es wohl an der Zeit, die Frage des Hightech-Imperialismus aufzuwerfen und mit den Fragen nach den neuen Formen der Manipulation aber auch des Widerstands dagegen zu verbinden.

Der ideologischen Wucht, mit der wir uns zu Beginn und wieder im vorigen Abschnitt befasst haben, begegnen wir erneut, wenn wir uns der Frage des *Was tun?* zuwenden. Dabei müssen wir uns klarmachen, dass das bloße »Entsetzen über die Toten, das uns unausweichlich bewegt, die Verhandlung über den Stillstand der Waffen unmöglich machen« kann (Kluge, 13.4.22). Reflektiertes Entsetzen mündet in die gebieterische Aufgabe, die Logik des Krieges zu brechen und einen Primat nachhaltiger Politik zu erstreiten. Um der Umgangssprache verständlich zu bleiben, setzen wir hinzu: also nicht irgendeiner ›Politik‹, sondern der des entschiedenen Indiehandnehmens der *politischen Brechung der Kriegslogik*. »Wir wählen und zahlen euch nicht für eure diesbezügliche Politiklosigkeit«, sollten wir denjenigen Politikern zurufen, die es bei Sanktionen und Waffenlieferungen belassen.

Freilich haben Krieg und Reaktion auf den Krieg den für eine friedenspolitische Diskussion erforderlichen Gesprächsraum momentan verschlossen. Die ›westlichen‹ Politiker haben ihren ›totalen Sieg über Putin‹ bei ihren Treffen in der letzten Märzwoche 2022 bereits gefeiert. Beschwingt von dieser kriegslogischen Genug-

tuung verweigern sie sich dem *politisch* Geforderten. Und der Oberbefehlshaber der NATO, US-Präsident Biden, hat den noch fehlenden Schlussstein des westlichen Triumphs in Polen bereits enthüllt: Regimewechsel in Russland – auch wenn sogleich Bidens Umgebung den Zeigefinger an die Lippen legte und *psst* flüsterte, worauf Biden sich weigerte, dem *Psst* zu folgen.

Zum Glück macht die Stimmung oder machen wenigstens immer mehr Stimmen der spontanen Antikriegsbewegung ernsthafte Ansätze dazu, sich dem Bann des paradoxen Antikriegs-Bellizismus zu entwinden. In dessen Bann mischten sich Verzweiflung angesichts der Bilder des Krieges mit einer unwillkürlichen Faszination durch dieselben Bilder. Diese Ambivalenz schlug sich in paradoxer Unduldsamkeit nieder. Nachdenkliche Stimmen wurden niedergeschrien. Karl Schlögel erhielt wie selbstverständlich Beifall, als er zwecks – in der Tat wünschenswerter! – Rettung des belagerten Kiew, einer wichtigen Stätte europäischer Geschichte, den *militärischen Weg* propagierte und dies zudem mit einer Reihe kontrafaktischer Behauptungen begründete, als hätte der Westen 1948, in der Zeit der Berlin-Blockade die militärische Kontrolle des Luftraums über der politischen Insel Westberlin gehabt: »Was für Berlin galt, gilt jetzt erst recht: ›Völker der Welt, schaut auf diese Stadt‹ [Kiew], Berlins Regierender Bürgermeister Ernst Reuter blieb damals nicht ungehört. Kiew braucht Waffen« – *wie Westberlin damals?* –, »es braucht die Schließung des Himmels für die russischen Angreifer« – *damals?* –, »es wartet auf etwas wie eine Luftbrücke, die Berlin gerettet hat« (Schlögel, 12.3.22) – aber das waren mit der UdSSR *ausgehandelte Korridore*. Schlögel versäumte nicht, den vor solchen Zauberlehrlings-Rezepten warnenden Herfried Münkler dem Publikum zum Fraß vorzuwerfen. Dieser antwortete mit einer gut zu bedenkenden Warnung: »Falsches Heldentum zieht alle in einen schrecklichen Krieg hinein. [...] Was Karl Schlögel [...] vorschlägt [...], ist ein Spiel mit dem Feuer, denn es würde den Westen, die NATO, unmittelbar zur Kriegspartei machen. Eine Flugverbotszone muss man auch *durchsetzen*, und das wird nur in einem Luftkrieg möglich sein. Die Romantik des Heroischen macht sich breit, wo es an der Fähigkeit zu strategischer Reflexion mangelt.« (Münkler, 16.3.22) Bernd Greiners Warnung eignet sich, das Gemeinte vollends in Kundgebungssprache zu übersetzen: Waffen, Freischärler und dergleichen zu liefern oder den »Alleintäter Russland« an die Wand zu malen, wirkt, als würde man »Feuer mit Benzin« löschen (März 22). Hier spricht die Erfahrung des Syrienkriegs mit, der uralte Stätten der Kulturgeschichte der Vernichtung ausgeliefert hat und noch immer nicht enden kann, weil der Westen den faktischen Sieg des von ihm verteufelten Präsidenten nicht anerkennt und der NATO-Staat Türkei dort sowohl gegen die Kurden mit Bombenteppichen vorgeht als auch die letzte Bastion der von der NATO offiziell als Terrormilizen eingestuften Kräfte versorgt und vor den Truppen Assads militärisch schützt.

Kissinger hat einst sein Lieblingswort aus dem Deutschen ins Amerikanische eingeführt: *Realpolitik*. Seine Begründung sich übern Schreibtisch zu hängen, empfiehlt Gabor Steingart jedem Politiker: »In meinem Leben habe ich vier Kriege erlebt, die mit großem Enthusiasmus und öffentlicher Unterstützung begonnen

wurden, von denen wir alle nicht wussten, wie sie enden sollten, und aus dreien davon haben wir uns einseitig zurückgezogen. Der Test für die Politik ist, wie sie endet, nicht wie sie beginnt.« Kissinger war alles andere als ein Linker und erst recht kein Pazifist. Aber die Friedensbewegung kann von ihm etwas über die Logik realer Friedenspolitik und vor allem über die Grenzen kriegslogischer ›Politik‹ lernen.

Schlögels Rezept hätte das von ihm kenntnisreich beschriebene und zu Recht bewunderte Kiew in den Untergang führen können. Wer dem Städtmord (Urbizid) wehren möchte, sollte eher den Rat des Völkerrechtlers Norman Paech erwägen: Einen historisch bewährten Weg, den im Zweiten Weltkrieg Rom und auch einzelne deutsche Städte gegangen und so der Zerstörung entkommen sind, hat er für den aktuellen Krieg ins Gespräch zu bringen versucht: »Die Opfer und das Leiden, Flucht oder Tod sind das Einzige, was die Menschen in den belagerten Städten mit Sicherheit erreichen werden. Sie haben faktisch nur die Wahl zwischen einer russischen Besatzung in einer halbwegs noch intakten oder weitgehend zerstörten Stadt. In der Kriegslogik mag die Übergabe der ›offenen Stadt‹ als Feigheit vor dem Feind gelten, in der Friedenslogik ist es die Klugheit vor einem Gegner, mit dem man sich in einer verträglichen Form auch nach dem Krieg arrangieren muss – um der Menschen willen.« (Paech 10.3.22) Vielleicht wird genau dies zum Ansatz, die Kriegslogik zu brechen.

Die Friedensbewegten – unter ihnen die Generation *Fridays for Future* –, die wahrgenommen haben, dass die Reaktion auf den Krieg dabei ist, ihrem nur in globaler Kooperation zu erreichenden Ziel Mittel und Möglichkeiten zu entziehen – gewinnen ihren ureigenen Boden zurück, wenn sie *gegen den Bellizismus* mobilisieren und Politiker daran messen, ob und wie sie sich als solche an der *politischen Brechung der Kettenreaktionslogik des Krieges* bewähren. Zuerst müssen Gesprächsräume zurückgewonnen werden. Nicht nur mit Russland und auch in der Ukraine.<sup>40</sup> Auch innerhalb der EU und nicht zuletzt in der Bundesrepublik. Dort zählen solche Räume zu den Kollateralschäden des Krieges. Die Bevölkerungen sind auf keiner der Seiten gefragt worden, welche Weltordnungspolitik angestrebt werden soll.

(Vorläufig beendet am 11. April 2022. Zu vertiefen.)

---

40 »Über den aktuellen Krieg Russlands gegen die Ukraine hinaus rechnet Selenskys Berater Olexeij Arestowjtsch mit weiteren Zusammenstößen der beiden Länder in den kommenden Jahren. ›Russland sucht eine neue Form des Imperiums, entweder mit Wladimir Putin oder mit Alexej Nawalny, so in 32 bis 35 Jahren werden wir mindestens noch zwei oder drei Runden mit Russland haben‹ [...], sagte Arestowjtsch nach Angaben der Agentur Unian. [...] Selbst ein Machtwechsel im Kreml würde nach Meinung von Arestowjtsch die Konfrontation mit der Ukraine nicht beenden. [...] »Dennoch bleibe es ein ›schrecklicher Zivilisationskampf‹.« (FAZ, 11.4.22)